

Zeitschrift: Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie = Économie et sociologie rurales
[1980-2007]
Band: - (1998)
Heft: 1

Artikel: Freiere Agrarmärkte ohne Rückschritt zur Instabilität
Autor: Popp, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-966317>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freiere Agrarmärkte ohne Rückschritt zur Instabilität

Hans Popp

Die laufende „Agrarreform 2. Etappe“ will freiere Agrarmärkte und weniger Stützung. Damit dies nicht ein Rückschritt zur Instabilität wird, gilt es, von den Marktordnungen das Überflüssige zu eliminieren und das Notwendige zu bewahren.

Mit Bundesbeschluss vom 18. März 1932 wurde erstmals zur „direkten Stützung des Milchpreises“ interveniert. Bundesrat und Parlament wollten den sich beschleunigenden Preissturz um 25 % (von 24 Rp./kg im Jahre 1929) bei 18 Rp./kg aufhalten, was zusammen mit dem ZVSM auch gelang. Vorher galt für den ganzen Agrarsektor - mit Ausnahme der Kriegsjahre und des Brotgetreidepreises - im wesentlichen die Preisbildung im freien Markt; also das was heute von vielen wieder als „die Lösung“ angesehen wird. Der Produzenten-Milchpreis ergab sich aus dem Erlös für den Käse im Export. Dies hatte zur Folge, dass die Produzentenpreise sehr instabil waren, auf und ab gingen, so wie die Weltmarktpreise. Zwar hatte der ZVSM bereits 1924, in einer Selbsthilfeaktion, beschlossen, über einen Garantiefonds einen „Grundpreis“ zu sichern. Damit konnten aber bestenfalls die Preisschwankungen etwas gemildert werden. Der drohende Preissturz ins Bodenlose konnte 1932 nur noch mit Hilfe des Bundes aufgehalten werden. Und seither gibt es den garantierten Milchgrundpreis.

Ruf nach „mehr Markt“

Heute, nach Jahren der Weiterentwicklung und Perfektionierung der Marktordnungen ertönt in den Medien und im Parlament der Ruf nach „mehr Markt“. Der totale Rückzug des Staates, „deregulierte“ Produktion und freie Preisbildung werden als „Allheilmittel“, als die Lösung postuliert. Ein Stück weit verständlich; dies insbesondere deshalb, weil der seit 1952 gesetzlich verordnete Missbrauch der Preispolitik zur „Produktionskostendeckung“ (Art. 29 LWG) den Bundesrat wiederholt zwang, unrealistisch hohe Garantiepreise festzusetzen. Nur wer mit dabei war weiss, unter welchem Politik- und Mediendruck solche

Beschlüsse, oft wider besseres Wissen, zustandekamen. Viele scheinen auch gar nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass mit der Reform 1992 das Grundübel, nämlich die Politik der „Einkommens-paritäts-Preise“, bereits aufgegeben worden ist, dass die Preise seither um gut 20 % gesunken sind und sich weiter in Richtung EU-Preise bewegen. Die Einführung der Direktzahlungen hat dies möglich gemacht.

Andere, auch Parlamentarier, leben im Irrglauben, in der Landwirtschaft herrsche „Planwirtschaft“ und man müsse möglichst rasch davon wegkommen. Nur wer vom Agrarmarkt keine Ahnung hat, kann sich zu derart simplifizierenden Behauptungen versteigen. In einem durch den Zeitgeist geförderten Übereifer werden heute selbst die minimalen, unabdingbaren Sicherheitsnetze für einen funktionierenden Agrarmarkt in Frage gestellt, - dies auch von der Kleinbauerninitiative II. Man ist daran, von einem Extrem ins andere zu gehen. Wir riskieren wieder in die Zeiten der Preisinstabilität vor 1932 zurückzufallen.

Schwächen der Agrarmärkte

Sicher hat sich seither vieles verändert, und es gibt heute Direktzahlungen. Aber die fundamentalen Charakteristiken und Schwächen der Agrarmärkte, wie sie von der agrarökonomischen Wissenschaft schon früh erkannt worden und in den Lehrbüchern nachzulesen sind, gelten heute noch.

Da ist als erstes die Inelastizität von Nachfrage und Angebot. Was zur Folge hat, dass schon eine kleine Mehrproduktion (z.B. Schweine 1995) oder eine Mindernachfrage (BSE) rasche und drastische Preisreduktionen nach sich zieht - und umgekehrt. Bei den meisten Produkten vermögen Preissenkungen auch keine wesentliche Mehrnachfrage auszulösen, - bei der Trinkmilch auch keine Einsparungen beim Bund. Diese Instabilität der Agrarpreise und -einkommen führt zu einer Fehlleitung volkswirtschaftlicher Ressourcen („misallocation“), nicht zu reden von den sozialen Problemen.

Der Landwirt ist solchen Preisschwankungen meist hilflos ausgeliefert. Er muss die vorhandenen und leicht verderblichen Produkte um jeden Preis loswerden. Oft führt dies auch zu Überreaktionen in der Angebotsplanung mit den bekannten Produktions- und Preiszyklen. Die Bauern sind eben, wie der Ökonom sagt, „Mengenanpasser“. Die Erfahrung zeigt, dass die landwirtschaftlichen Anbieter - weil sie zu zahlreich sind - wenig Einfluss auf die Preisbildung haben. Dies im Gegensatz zu vielen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen

(Chemie, Banken, Versicherungen, u.a.), welche besser in der Lage sind, über Preisabsprachen, Monopole, Kartelle, Angebotsbegrenzungen und/oder Entlassungen die Produktion zu steuern und die Preise zu bestimmen. Zudem stehen die vielen tausend Bauern mit ihrem Angebot in der Regel einigen wenigen, mächtigen Abnehmern gegenüber, die, insbesondere in Zeiten des Überangebotes, die Preise fast beliebig drücken können.

Die wichtigsten Agrarprodukte sind auch Welthandelsprodukte. Mit der zunehmenden Globalisierung und Öffnung der zum Teil verfälschten Märkte ergibt sich ein zusätzliches Element der Instabilität.

... rufen nach Marktordnungen

Um diese Probleme zu lösen, um Ordnung und Stabilität in die Agrarmärkte zu bringen, haben alle fortschrittlichen Staaten für die Hauptagrarprodukte sogenannte Marktordnungen erlassen. Diese sind, je nach Produkt, unterschiedlich, beinhalten aber im wesentlichen folgende Instrumente: ein nach dem Marktpreis ausgerichtetes Richtpreissystem mit Interventionsmöglichkeiten um die Preisausschläge in Grenzen zu halten, Vorkehrungen zur Produktionslenkung, Qualitätssicherung und zur optimalen Vermarktung. Solche Massnahmen, begleitet von einem fairen (nicht protektionistischen) Einfuhrschutz, sind durchaus vereinbar mit dem System der Marktwirtschaft; sie sind für ein gutes Funktionieren der Märkte sogar unverzichtbar.

Lehren für „Agrarpolitik 2002“

In den laufenden Beratungen der „Agrarpolitik 2002“ muss es demnach darum gehen, von den in jahrelanger Erfahrung aufgebauten Marktordnungen das Gute und Notwendige zu bewahren und das Überflüssige zu eliminieren. So sind zum Beispiel die mit bescheidenen Einfuhrabgaben alimentierten Fonds (für Fleisch, Wein, Eier, Milchprodukte u.a.) durchaus erhaltenswert, sofern eine sinnvolle und sparsame Verwendung der Mittel im obgenannten Sinne, und unter politischer Kontrolle, garantiert ist. Im Milchmarkt sind Deregulierung und mehr Wettbewerb, insbesondere in den nachgelagerten Sektoren, zweifellos nötig, dürfen aber nicht auf Kosten der Bauern, der Umwelt und der Qualität der Produkte erfolgen. Jüngste Erfahrungen im Aus-

land zeigen, dass die Freigabe des Milchmarktes zu unerwünschten Konzentrationen, Mehrtransporten sowie niedrigen und instabilen Milchpreisen führt. Der Bauer ist eben das letzte und schwächste Glied in der Kette. Ich habe daher Zweifel, ob der vorgesehene „Zielpreis“ ausreicht; er sollte ergänzt werden durch einen Mindest- bzw. Interventionspreis. Vor allem bei den nachfrageunelastischen Produkten wie der Konsummilch, wo auch keine Staatsgelder gebraucht werden, wäre ein Preissturz sinnlos und kontraproduktiv, - er wird sich aber nur über einen verbindlichen Mindestpreis aufhalten lassen.

Fazit: „Mehr Markt“ ja - Wer aber darunter den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung und damit zwar freie, aber instabile Agrarpreise versteht, liegt falsch, der verkennt die Natur der Agrarmärkte. Ein fairer Wettbewerb verlangt funktionierende Marktordnungen, zum langfristigen Vorteil von Handel, Umwelt und Konsumenten, und um den Bauern Vertrauen und Perspektiven zu vermitteln. Es darf kein Rückschritt bis vor 1932 geben!

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Hans Popp
Könizbergstrasse 30
3097 Liebefeld
Tel: 031/972 23 19